ZAHNÄRZTLICHE SPRECHTAGE 2024/2025

BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE KIEFERORTHOPÄDEN UND ZAHNÄRZTE IM SCHULTERSCHLUSS FÜR BESSERE BEDINGUNGEN

Ein Beitrag von Dr. Holger Simon-Denoix, Leiter Stabsstelle Kommunikation und Politik KZV BW sowie Dr. Thomas Miersch, Landesvorsitzender BDK LV BW.





Abb. 1: *Sprechtag in Stuttgart: Der Präsident der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und Vorstandsvorsitzender der KZV Baden-Württemberg, Dr. Torsten Tomppert. –* ***Abb. 2:*** *In Tübingen: Dr. Thomas Miersch, Landesvorsitzender des BDK Baden-Württemberg.*

Die zahnärztliche Versorgung in Deutschland ist derzeit mit unzumutbaren politischen Rahmenbedingungen konfrontiert: Budgetierung und jahrzehntelanger Stillstand bei der GOZ, unausgereifte Telematikinfrastruktur, steigende regulatorische Anforderungen sowie ein verschärfter Fachkräftemangel erschweren die Arbeit der Praxen und gefährden langfristig die flächendeckende Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Um auf die schlechten Rahmenbedingungen in der ambulanten Versorgung aufmerksam zu machen, hat die Zahnärzteschaft Baden-Württemberg in den vergangenen Monaten mit landesweiten Aktionen und Informationsveranstaltungen mehrfach klare Signale gesetzt. An insgesamt drei „Sprechtagen" unter dem Motto „Wir müssen reden" wurden konkrete Forderungen des Berufsstands in Richtung von Öffentlichkeit und Politik kommuniziert. Gleichzeitig dienten die Sprechtage der Information und Unterstützung für tausende Kolleginnen und Kollegen im Land mit Blick auf die derzeitigen Herausforderungen.

Die Kieferorthopädie und die allgemeine Zahnmedizin standen dabei geschlossen Seite an Seite. Der Schulterschluss beider Fachrichtungen unterstreicht die Notwendigkeit eines koordinierten und strategisch versierten Einsatzes für die Anliegen des Berufsstands und den Erhalt einer starken Versorgung im Land.

Landesweiter Aktionstag am 18. Juni 2024: Ein starkes Zeichen der Einheit

Am 18. Juni 2024 schlossen hunderte Zahnarztpraxen in Baden-Württemberg ihre Türen für Behandlungen und öffneten sie stattdessen für Gespräche mit Patientinnen und Patienten sowie politischen Entscheidungsträgern aus Kommune,





Abb. 3a+b: *Im Hörsaal der Uni Tübingen: Prof. Dr. Peter Lang, Gemeinderat Tübingen, Cornelia Schwarz, Jochen Haußmann MdL, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP im Landtag, Dr. Herbert Martin, Mitglied im Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Tübingen, Dr. Anke Bleicher, stv. Vorsitzende der BZK Tübingen und Vorsitzende der Bezirksgruppe Tübingen der KZV BW sowie Dr. Stephan Große-Sender, Vorsitzender der Kreisvereinigung des Stadt- und Landkreises Tübingen (v. l.; a). Dr. Herbert Martin, Jochen Haußmann MdL, Cornelia Schwarz, Prof. Dr. Peter Lang, Dr. Thomas Miersch, Dr. Torsten Tomppert, Dr. Patricia Miersch, ZÄ Leonie Wälder, Dr. Anke Bleicher, Dr. Bernd Stoll und Dr. Stephan Große-Sender (v. l.; b).*

Land und Bund. Neben zahlreichen Aktionen in den Praxen waren viele Kolleginnen und Kollegen sowie deren Praxisteams mit Infoständen auf Marktplätzen und anderen öffentlichen Orten vertreten und kamen mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Zudem wurden Diskussionsveranstaltungen und Gespräche an Hochschulen und in den Zahnärztehäusern durchgeführt.

So diskutierten im vollen Hörsaal der Universitätszahnklinik Tübingen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen u. a. mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Jochen Haußmann sowie Dr. Torsten Tomppert, Vorstandsvorsitzender der KZV BW und Präsident der LZK BW, und weiteren Vertretern von Fachgesellschaften sowie der Wissenschaft und der Kommunalpolitik. Von großer Bedeutung war nicht zuletzt die engagierte Teilnahme der Zahnmedizinstudierenden, denn die schlechten Rahmenbedingungen betreffen ihre Perspektive für die Berufsausübung unmittelbar.

Landesweit beteiligten sich nach Aufrufen unter anderem vom BDK viele kieferorthopädische Kolleginnen und Kollegen am 18. Juni, um auf die speziellen Herausforderungen des Berufsstands aufmerksam zu machen. Der Landesvorsitzende des BDK, Dr. Thomas Miersch, machte deutlich, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden gleichermaßen von den politischen Entscheidungen betroffen seien. Der Austausch zeigte, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden nicht nur Forderungen stellen, sondern auch konstruktive Lösungsvorschläge haben. Der Appell war klar: Eine patientengerechte zahnmedizinische Versorgung ist ohne eine Verbesserung der Rahmenbedingungen akut gefährdet.

Fortbildungstag am 20. November 2024

Der gemeinsame Kampf für bessere Bedingungen beschränkte sich jedoch nicht auf den ersten Sprechtag. Ein weiteres starkes Zeichen setzte der Berufsstand mit einem Fortbildungstag, der am 20. November 2024 dezentral in den vier Regierungsbezirken Baden-Württembergs stattfand und von den Bezirkszahnärztekammern organisiert wurde.

Die durch den Gesetzgeber geschaffenen Rahmenbedingungen bestimmten die Themensetzung der Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere die komplexe Thematik der Vergütung und der damit verbundenen Probleme. Die Fortbildungsinhalte betrafen sowohl den Umgang mit dem seit Jahrzehnten unveränderten GOZ-Punktwert als auch die Problematik der strikten Budgetierung im GKV-Bereich und deren konkreten Auswirkungen für die Praxen, insbesondere zur Systematik des Honorarverteilungsmaßstabs (HVM). Zudem wurden am zweiten Sprechtag wichtige Informationen zu den aktuellen Themen „Amalgamverbot“ und „ePA für alle“ vermittelt.

Auf diese Weise konnten landesweit über 1.700 Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie deren Praxisteams die Gelegenheit nutzen, um sich über die aktuellen berufspolitischen und fachlichen Entwicklungen zu informieren. Nicht zuletzt die kieferorthopädischen Fachzahnärztinnen und -zahnärzte profitierten von der Möglichkeit, sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fachrichtungen auszutauschen. Dieser interdisziplinäre Dialog war nicht nur informativ, sondern förderte auch das Bewusstsein für gemeinsame Herausforderungen und Potenziale zur Verbesserung der Zusammenarbeit.

Resonanz in der Öffentlichkeit

Die landesweiten Aktionstage erreichten eine große öffentliche Resonanz und stärkten die Wahrnehmung der zahnärztlichen Anliegen enorm. Durch gezielte Medienarbeit erreichten die Forderungen des Berufsstands Millionen von Menschen. Insbesondere die immer weiter wachsende Bürokratie, unzureichende Honoraranpassungen und die daraus folgende Gefährdung der flächendeckenden Versorgung wurden hervorgehoben.



Abb. 4: *Im Zahnärztehaus Stuttgart, Albstadtweg, auf dem Podium: Alexander Föhr MdB (CDU), Heike Baehrens MdB (SPD), Jochen Haußmann MdL (FDP) und Cornelia Schwarz (v. l.).*

Die zahnärztlichen Aktionen wurden von den Tageszeitungen in Baden-Württemberg und auch von überregionalen Medien flächendeckend aufgegriffen. Durch die vielen Zeitungsartikel, die landesweit veröffentlicht wurden, konnte im Print- und Online-Bereich eine Reichweite von gut acht Mio. Menschen erzielt werden. Zudem gab es rund um den 18. Juni Beiträge im SWR-Fernsehen sowie in verschiedenen regionalen Radiosendern, bei denen Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Land zu Wort kamen.

Gleichzeitig sorgte ein landesweiter Vertretungsdienst dafür, dass die Versorgung der Patientinnen und Patienten auch an diesem Sprechtag flächendeckend sichergestellt war. Dadurch wurde es vielen Praxen ermöglicht, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

> ***„Jetzt lautet die Devise, die laufenden Koalitionsverhandlungen aktiv zu begleiten und die Parteien in die Verantwortung zu nehmen."***

Positive Reaktionen aus der Politik

Der baden-württembergische Gesundheitsminister Manne Lucha (Grüne) zeigte in einer Stellungnahme großes Verständnis für die Anliegen der Zahnärzteschaft: „Wir müssen ihnen die Ressourcen zur Verfügung stellen, die sie brauchen und nicht so sehr reglementieren und vorschreiben", sagte Lucha gegenüber dem SWR-Fernsehen.

Auch in der Bundespolitik fand der erste Sprechtag der baden-württembergischen Zahnärzteschaft Widerhall: Infolge des 18. Juni konnte ein Fachgespräch mit dem Berichterstatter für Zahnärzte im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages, Dietrich Monstadt (CDU), vereinbart werden. Die Gesprächsagenda war vielfältig und knüpfte mit Aspekten wie Budgetierung, GOZ-Punktwertanpassung, Regulierung von investorengeführten MVZ, Bürokratieabbau oder der elektronischen Patientenakte (ePA) unmittelbar an die Themen des Sprechtages vom 18. Juni an. Auch Dietrich Monstadt betonte, wie wichtig gute Rahmenbedingungen für die zahnärztliche Versorgung gerade im ländlichen Raum seien und versicherte, sich dafür stark zu machen. Gleichzeitig bestärkte er den Berufsstand, deutlich Position zu beziehen. „Die Zahnärzteschaft muss lauter werden, Sie müssen Ihre Abgeordneten vor Ort ansprechen – nur wer laut ist und fordert, wird von der Politik gehört."

Sprechtag am 5. Februar 2025: Politischer Druck zeigt erste Wirkung

Sprechtag Nummer drei richtete sich wenige Wochen vor der Bundestagswahl erneut an die Politik: In einer Podiumsdiskussion im Stuttgarter Zahnärztehaus stellten sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Parteien den Fragen der Zahnärzteschaft. Heike Baehrens MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Alexander









Abb. 5a–d: *Veranstaltungen an vier Orten in Baden-Württemberg: Esslingen (a), Heilbronn (b), Kornwestheim (c) und Sigmaringen (d). Auf dem Podium: Dr. Markus Steybe, Vorsitzender der BZK Tübingen.*

Föhr MdB (CDU), Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestags, und Jochen Haußmann MdL (FDP), gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, waren der Einladung von KZV BW und LZK BW gefolgt.

Es wurde deutlich, dass die Forderungen nach einer Entbürokratisierung des Praxisalltags, einer besseren Vergütung und mehr Entscheidungsfreiheit für Praxen nicht mehr ignoriert werden können. Alle Podiumsgäste signalisierten ihre Bereitschaft, sich für konkrete Verbesserungen etwa in den Bereichen Vergütung und Bürokratielast einzusetzen. Jetzt gehe es darum, dass der gesundheitspolitische Austausch nach der Wahl und gerade mit Blick auf eine neue Bundesregierung vertrauensvoll und fundiert weitergeführt werde, betonten sowohl die Vertreter der Parteien wie auch der Zahnärzteschaft.

Ausblick

Die letzten Monate haben gezeigt, dass Zahnärztinnen, Zahnärzte, Kieferorthopädinnen und Kieferorthopäden gemeinsam eine starke Stimme haben. Nur durch den steten Dialog mit Politik und Öffentlichkeit kann langfristig eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erreicht werden. Bei allen Aktivitäten seit Juni 2024 stand stets das Anliegen im Mittelpunkt, dass sich die Bevölkerung flächendeckend auf eine stabile und qualitativ hochwertige zahnmedizinische und kieferorthopädische Versorgung verlassen kann. Dass dies nur unter guten Rahmenbedingungen für freiberuflich geführte Praxen und mit einer starken Selbstverwaltung möglich ist, dafür muss auf allen Ebenen politische Überzeugungsarbeit geleistet werden. Um Gehör zu finden und wichtige Veränderungen anzustoßen, kommt es entscheidend darauf an, dass wir als Heilberuf kollegiale Geschlossenheit zeigen und für unsere Patientinnen und Patienten einstehen. Dies ist uns bei den drei Sprechtagen eindrucksvoll gelungen!

Für uns alle – Kieferorthopädinnen sowie Kieferorthopäden, Zahnärztinnen sowie Zahnärzte und Körperschaften – gilt es nun gerade nach der Bundestagswahl vom 23. Februar, in unserem Einsatz nicht nachzulassen. Durch Beharrlichkeit und faktenbasierte Kommunikation ist es uns gelungen, den Fuß in die Tür zu kriegen und unsere berechtigten Anliegen öffentlichkeitswirksam zu adressieren. Jetzt lautet die Devise, die laufenden Koalitionsverhandlungen aktiv zu begleiten und die Parteien in die Verantwortung zu nehmen.